„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS' ASSOCIATION, LIMITED"
J. B. Ehmann,
Geschäftsführender Direktor,
Bernhard Bott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3591
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten Stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.: Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Seid auf der Hut!

Wir konnten in der letzten Courierausgabe berichten, daß auf der letzten Tagung der Getreidebauern (Grain Growers) von Saskatchewan eine Resolution, welche gegen die Ansiedlung von Mitteleuropäern in geschlossenen Kolonien protestieren wollte, mit großer Mehrheit abgelehnt wurde. Gewiß gebührt jenen, welche mit Mut und Entschlossenheit der alten „Fremden"-Hetze entgegen getreten sind, Dank und Anerkennung. Doch darf uns der Erfolg dieses unerschrockenen Vorgehens nicht zu der irrigen Meinung verleiten, als ob nun alles schön und gut sei, als ob wir Deutschcanadier nun auch in Zukunft als gleichberechtigte Bürger dieses Landes und als ebenbürtige Mitglieder der „Grain Growers" oder der „United Farmers of Western Canada, Saskatchewan Section", wie die Getreidebauern sich fernerhin nennen werden, angesehen und behandelt werden. Seien wir auf der Hut! Noch lebt da und dort der alte gehässige Kriegsgeist.

Es ist sehr wohl möglich, daß bei Niederstimmung der erwähnten Resolution der Gedanke mitgespielt hat, auf die Gefühle der Farmers Union-Mitglieder Rücksicht zu nehmen, mit denen man sich im Laufe dieses Jahres endgültig verschmelzen will. Wenn dasselbe der Fall ist, so besteht erst recht Grund zu ernstem Mißtrauen. Denn man suchte die auslanderfeindliche Stimmung nur vorübergehend zu unterdrücken, um sie erst nach der Verschmelzung wieder aufleben zu lassen.

Wir wissen, daß viele deutschsprechende Farmer Mitglieder der Farmers' Union sind. Leider besitzen sie aber in den führenden höchsten Stellen der Union nicht jenen Einfluß, der ihnen nach ihrer Zahl und nach ihrer Bedeutung zustehen würde. **Daher wird in der nächsten Zeit mehr als bisher darauf geachtet werden müssen, daß in diesem Punkte eine gründliche Aenderung eintritt. Wir begrüßen es, wenn unsere deutschsprechenden Farmer sich ihren Standes- und Wirtschaftsorganisationen anschließen, aber wir wollen nicht, daß sie in diesen Organisationen die Rolle des „fünften Rades am Wagen" spielen. Wir wollen nicht, daß unsere Farmer, welche für die Entwicklung des Westens Großes geleistet haben, sich nur von anderen regieren lassen.** Das demokratische Prinzip, auf das man in diesem Lande so sehr pocht, berechtigt auch uns zu einer angemessenen Vertretung in den hohen und höchsten Stellen der verschiedenen Wirtschaftsorganisationen. Wir sollten zu stolz dazu sein, uns einfach am Gängelbande herumführen zu lassen von Leuten, welche, wenn es drauf und dran kommt, unserer deutschcanadischen Sache mehr schaden als nützen.

Die geplante Verschmelzung von Grain Growers und Farmers' Union legt uns mehr als je die Pflicht auf, **wachsam zu sein, die Augen offen zu halten und uns nicht an die Wand drücken zu lassen.**

Kölns Befreiung

Die Abnahme der britischen Fahne, welche über dem britischen Hauptquartier im Excelsior Hotel zu Köln wehte, wo das Zeichen für Beendigung der britischen Besetzung. Anstelle des Union Jack wurde die weiß-rote Fahne von Köln aufgezogen, das sichtbare Symbol der Anerkennung der Alliierten, daß Deutschland den Vertrag von Versailles erfüllt hat. Es ist daher wieder zu ungehindertem Besitz des Kölner Brückenkopfes berechtigt, welchen die Alliierten seit Dezember 1918 besetzt hielten. Ein Zeichen der Räumung war der Marsch einer Kompagnie des Shropshire Inf. Regts. unter Vorantritt der Kapelle nach dem Bahnhof, um nach Wiesbaden zu fahren. Köln ist jetzt offiziell in Händen der Deutschen, der rechtliche Zeitpunkt für die Uebertragung muß aber noch vom Rat der Botschafter bestimmt werden. Dieser Zeitpunkt wird, voraussichtlich Mitte Februar sein. Der genaue Tag hängt jedoch von rechtlichen und finanziellen Regelungen ab.

Eine ungeheure Menschenmenge wogte in der Nacht vom 31. Jan. bis 1. Febr. durch die Straßen der Stadt und staute sich auf dem Domplatz. Je näher die Mitternacht herankam, um so undurchdringlicher wurde das Gewoge, um so gespannter die Erwartung des Augenblicks der Befreiung, die die eherne Zunge der großen Glocke des Doms künden sollte. So gutenjw war die Erwartung, daß sich beim Fortschreiten der Minuten eine feierliche, fast heilige Stille über die versammelten vielen Tausende breitete. Dann erscholl vom hohen Turm die Botschaft der Befreiung, machtvoll brausend, triumphierend, und die Spannung löste sich in einem einzigen zum Himmel emporsteigenden Chor des Jubels und der Begeisterung. Das Geläute aller Glocken der Stadt fiel in diesen Chor ein, und soweit die deutsche Zunge am Rhein und im ganzen Rheinland klingt, läutete, klang und sang es von wiedergewonnener Freiheit.

Auf dem Domplatz, unter freiem, nächtlichem Himmel, hielt der Oberbürgermeister Dr. Adenauer eine Ansprache, die in alle Herzen fiel und in allen zündete. Von den schweren Leiden, die das Rheinland im allgemeinen unter fremder Gewaltherrschaft habe durchmachen müssen, und von den schweren Opfern, welche der Stadt Köln als Hauptquartier ausländischer Besatzungstruppen auferlegt worden seien, sprach er. Er rühmte die von den Rheinländern dem Reich und dem deutschen Gedanken bewiesene Treue und sprach der Kölner Bürgerschaft die höchste Anerkennung für ihre Geduld und Willigkeit, mit der sie die geheischten Opfer dargebracht. aus.

Bis in den frühen Morgen hinein währte das bewegte Leben und Treiben in der Stadt, in dem die herzensfreudige Stimmung der Bevölkerung zum Ausdruck gelangte.

Ganz Berlin ist bis lange nach Mitternacht wach geblieben. Die äußerst günstigen atmosphärischen Verhältnisse ermöglichten es dem Radio, die Vorgänge in Köln um die mitternächtliche Stunde den Berlinern hörbar zu machen. Das Geläute der Glocken, die verschiedenen Ansprachen, der Gesang der Volksmenge, alles war deutlich vernehmbar. So deutlich, daß selbst der Klangunterschied zwischen der weichen rheinischen Sprechweise des Oberbürgermeisters Dr. Adenauer und der harten ostpreußischen des preußischen Ministerpräsidenten Braun, der sich zur Teilnahme an der Feier nach Köln begeben hatte, merkbar waren. Gleiche Teilnahme an der Feier war ganz Deutschland versagt.

Der erste Flug der neuen „Lufthansa" ist zur Kölner Befreiungsfeier gegangen.

Die letzten Tage der Romanows

Ein am 31. Januar unter dem Titel „Die letzten Tage der Romanows" in Moskau erschienenes Buch enthält, wie der Verfasser behauptet, den ersten authentischen Bericht über das Schicksal der Großfürsten Michael Alexandrowitsch, der nach der Abdankung seines Bruders Nikolaus im März 1917 einige Stunden Zar war.

Der Verfasser des Buches, P. M. Bykow, der zur Zeit der Ermordung der Romanows Präsident des Ural Soviets in Jekaterinenburg, Gouvernement Perm, war, berichtet, daß fünf Männer, die nach seiner Angabe Arbeiter in einer Eisenhütte im Ural waren, sich mit falschen Polizeiuniformen versehen und den Großfürsten in einem Hotel in der Stadt Perm, wo er mit seinem englischen Sekretär, R. Johnson, von den Bolschewisten festgehalten wurde, am 12. Juli 1918 ergriffen. Der Großfürst wurde dann nach einer einsamen Stelle in den nahen Wäldern geschafft und getötet. Johnsons Schicksal ist unbekannt, erklärt Bykow.

Um all. Spuren zu verwischen, benachrichtigte angeblich einer der Teilnehmer die Wachen, daß unbekannte Personen den Großfürsten aus seinem Hotel entführt und nach Sibirien gebracht hätten. Bykow fügt hinzu, daß der Mord für die Behörden in Perm eine große Ueberraschung war und daß die Täter niemals verfolgt werden mögen.

Bykow bezeichnet alle bisher über das Schicksal der Romanows veröffentlichten Berichte als erdichtet oder vorsätzlich entstellt. Er versichert, daß alle seine Mitteilungen aus Angaben stammen, die er aus erster Hand erhalten hätte, bringt aber wenig neue Tatsachen über den Tod des Zaren und seiner Familie.

Als Grund dafür, warum die Leichen der Mitglieder der Zarenfamilie von den Mördern verbrannt wurden, führt Bykow an, daß die Behörden fürchteten, die abergläubische Bevölkerung würde sich in den Besitz der Gebeine setzen und diese als heiligtümer betrachten. Um dies zu verhindern, seien die Leichen verbrannt und die verkohlten Reste in einen Sumpf bei Jekaterinenburg gemischt worden, wo sie sich noch befinden und, wie Bykow hofft, schon vermodert sind".

Die Kommission, die vom Admiral Kolchak zur Untersuchung des Verbrechens ernannt wurde, konnte die Stelle nicht ermitteln. Später aber fanden Monarchisten Asche, die zusammen mit einigen Gegenständen, aus dem Hause, in dem die Romanows erschossen worden waren, als Erbstücke dem englischen König, der mit den Romanows verwandt ist, überbracht worden sein sollen. Bykow behauptet, in den Kleidern der Zarin und ihrer Töchter seien viele eingenähte Diamanten gefunden worden, die nach der Tat mit der vorgefundenen Korrespondenz, den Tagebüchern und allen anderen Dokumenten nach Moskau geschickt wurden.

Heldentum deutscher Seeleute

Das heroische Rettungsschiff, der Norddeutsche Lloyddampfer „Bremen", unter Führung von Kapitän Wurpts traf in Queenstown, Irland, ein und brachte die sechs schiffbrüchigen Seeleute mit, die der Dampfer mitten auf dem sturmgepeitschten Ozean von dem Wrack des britischen Frachtdampfers „Karitian" zu retten vermocht hatte. Die Behörden und die Bevölkerung bereiteten der „Bremen" ein herzliches Willkommen.

„Wir bedauern aufs tiefste," sagte Kapitän Wurpts zu der Deputation von Vertretern der irischen Regierung, die der „Bremen" entgegengefahren waren. „Auf unsere unaufhörlichen Bemühungen zur Rettung unser Kameraden nicht von besserem Erfolg gekrönt waren."

Alle Offiziere sprachen mit Bewunderung von der Tüchtigkeit der deutschen Seeleute, und bekundeten größte Dankbarkeit für die liebevolle Aufnahme, die ihnen an Bord der „Bremen" zu Teil wurde. Alle erkundigten sich nach dem Mannesamt und die Opferwilligkeit unserer Retter. „Was sie von den schrecklichen Erlebnissen auf der „Karitian" erzählten, ehe sie gerettet gelangen, und von dem traurigen Schicksal ihrer umgekommenen Kameraden, war herzerschütternd."

Michael McCann, einer der sechs Geretteten, meinte in aller Treuherzigkeit:

„Die Deutschen sind gute Kerle. Man behandelte mich, als ob ich der Kaiser selber wäre."

* * *

Kapitän Carl Graalfs des Dampfers „Westphalia" verständigte das New Yorker Kontor der Hamburg-Amerika-Linie, daß er die zwanzigköpfige Mannschaft des sturmbeschädigten holländischen Frachtschiffes „Alkaid" gerettet hat. Der empfangene Funkspruch lautet: „Mannschaft der Alkaid an Bord genommen. Alles wohl. Fahrt nach New York."

Die „Westphalia", die das Notsignal der „Alkaid", ungefähr 1000 Meilen von der Küste von Nordamerika auffing, erreichte das bedrängte Schiff am anderen Tage.

Italienische Schandjustiz in Südtirol

Deutschfeindliche Demonstrationen in Rom.

Die Schandurteile italienischer Justiz — wenn überhaupt noch von „Recht" die Rede sein kann — im deutschen Südtirol sind vom Terror diktiert. Die Justiz erniedrigt sich vollständig zum Werkzeug einer Gewaltpolitik, die es auf die Ausrottung des gesamten Deutschtums in dem willkürlich von dem Schmachvertrag von St. Germain der italienischen Herrschaft und Vergewaltigung anheimgegebenen Lande.

Aus Innsbruck wird eine weitere Rechtsvergewaltigung gemeldet. Vor dem Gericht in Trient stand der Führer des Deutschtums im Südtiroler Unterland, Rechtsanwalt Dr. Joseph Noldin, unter der Anklage angeblicher Beleidigung italienischer Beamten. Der Verhandlung lagen folgende Tatsachen zugrunde: Seit geraumer Zeit wurde Dr. Noldin von den italienischen Behörden und den Faschisten in Südtirol verfolgt, da er, den gesetzlichen Bestimmungen folgend, den deutschen Privatunterricht als erlaubt ansah. Infolge seines Verhaltens griffen die Behörden zu persönlichen Schikanen, nahmen und enteigneten auf Grund eines Ausnahmeverfahrens einen Teil seines Grundbesitzes. Dr. Noldin erhob dagegen Klage. Am 19. Dezember wurde er zu einer Untersuchung geladen, um sich wegen einer Sammlung für die Weihnachtsfeier zu verantworten. Nach vierstündiger Vernehmung wurde Dr. Noldin verhaftet und gefesselt nach Neumarkt geführt, obwohl er nicht den geringsten Widerstand leistete. Am 7. Januar wurde Dr. Noldin, gleichfalls gefesselt, nach Trient gebracht. Das Gericht hat nunmehr Noldin zu einer Reistrafe von 5 Tagen Gefängnis und zu einer Geldstrafe von 500 Lire verurteilt. Er wurde dann freigelassen, da seine Untersuchungshaft 25 Tage gedauert hatte.

Nach einer weiteren Meldung aus Innsbruck macht der Tiroler Landtag Front gegen die italienischen Herausforderungen. So ist eine Interpellation über das Verhalten des italienischen Konsuls in Innsbruck eingebracht. Dieser hatte eine „Beschwerde" über die Tiroler Presse eingereicht, die von der Interpellation als eine unberechtigte Einmischung mit deutlichem Angriffscharakter in innere Landesangelegenheiten zurückgewiesen wird. Die Landesregierung solle über das Auswärtige Amt in Wien gegen diese Herausforderung bei der italienischen Regierung Einspruch erheben und auf dem gleichen Wege Aufklärung über die wahren Absichten Roms einholen.

In Mailand ist eine neue hyperfaschistische Organisation, „Brennerwacht", gegründet worden, die sich die allerscharfste Italianisierung der Grenzlande, vor allem aber des deutschen Südtirol, zum Ziel gesetzt hat. In allen in Frage kommenden Städten sollen entsprechende Sektionen des Verbandes gegründet werden.

* * *

Mehrere hundert Universitätsstudenten veranstalteten in Rom eine fremdenfeindliche Kundgebung auf der Piazza Colonna unter den Fenstern der Wohnung des Premiers Mussolini im Chigi-Palast.

Die Teilnehmer an der Demonstration verbrannten deutsche, englische, ungarische und andere ausländische Zeitungen unter lärmenden Protesten und Drohungen gegen die Deutschen wegen ihrer angeblichen Agitation gegen die Italiener im Oberetsch-Gebiet (Deutsch-Südtirol), welches nach dem Weltkrieg an Italien fiel.

Die Demonstration, die große Menschenmassen anlockte, wurde schließlich von Gendarmen auseinandergetrieben.

Am Vormittag hatten die Studenten einen Auflauf vor der deutschen Botschaft unternommen, sie wurden aber durch scharfes Eingreifen der Behörde an weiteren Ausschreitungen verhindert.

Im Laufe des Nachmittags versuchten die Studenten abermals, Zeitungsbündel vor der deutschen Botschaft und vor dem Chigi-Palast, der Amtswohnung des Premiers, zu verbrennen. Das Vorhaben wurde von den Behörden vereitelt, und darauf veranstalteten die Studenten lärmende Umzüge. Sie schwenkten Flaggen, sangen Lieder und zogen auf dem Weitermarsch eine große Gefolgschaft heran. Eine Polizeimannschaft sperrte ihnen den Weg nach dem Schauplatz der Ruhestörungen am Vormittag.

Aehnliche Kundgebungen, begleitet von Umzügen durch die Straßen, wurden nachts von Studenten in Florenz und Lecce veranstaltet.

* * *

Anmerkung des „Courier": Wie lange will die zivilisierte Welt dem schändlichen faschistischen Treiben im deutschen Südtirol noch zusehen? Hat man je eine so wahnsinnige Hetze gegen ein entwaffnetes, friedliches Volkchen von 200 000 Menschen erlebt? Nicht genug damit, daß man den Deutschen den Privatunterricht in ihrer heißgeliebten deutschen Muttersprache mit Gewalt zu verwehren sucht, will man sie auch noch zwingen, ihre guten deutschen Namen gegen italienische einzutauschen. Wo sind angesichts solch himmelschreiender Vergewaltigung die „Friedensrichter" der Welt, wo sind sie, welche allen Völkern Selbstbestimmungsrecht und Freiheit und Gleichheit versprochen haben, wo sind sie, die mit der Heuchlermaske des Schutzes der Kleinen und unterdrückten Nationen vor die Menschheit hingetreten sind?

Wir dürfen aber wohl im Namen unserer deutschsprechenden Freunde in Canada das eine aussprechen, daß sie mit lebhafter und inniger Anteilnahme den Heldenkampf der deutschen Südtiroler verfolgen und nur zu gerne bereit waren, in irgendeiner Weise ihnen zu Hilfe zu kommen. Das Deutschtum in aller Welt schaut mit Bewunderung auf die Söhne Andreas Hofers, welche der faschistischen Gewalt zum Trotz sich ihre deutsche Sprache und ihr deutsches Recht nicht rauben lassen.

Weltumschau

Deutschland.

Um der Arbeitslosigkeit entgegenzutreten, die in erschreckender Weise zugenommen hat, ist die Regierung mit den verschiedenen Bundesländern in Unterhandlung getreten betreffs Vornahme von Bau-, Ausbesserungs- und Erweiterungsarbeiten, die zusammen auf 600 000 000 Mark ziffern sollen. In dem Budget für 1926 sind für derartige Zwecke bedeutende Summen ausgeworfen, doch hatte man beabsichtigt, diese Arbeiten auf das ganze Jahr zu verteilen. Die Regierung drängt jetzt auf eine sofortige Vornahme. Hierdurch will sie bewirken, daß auf diese Weise nicht nur der Arbeitslosigkeit abgeholfen, sondern auch die einheimische Industrie belebt werden dürfte. Der Vorschlag bildet einen Teil eines größeren Wirtschaftsplanes zur Anregung der Geschäftstätigkeit. Einen weiteren Teil bilden der kürzlich angekündigte Versicherungsschein für Ausfuhrkredit. Es ist ferner vorgeschlagen worden, Sowjet-Rußland einen neuen Kredit in Höhe von 200 000 000 Mark zu gewähren behufs Ankaufs deutscher Waren.

Die Reichsregierung hat jetzt die Schaffung eines Exportkredit-Versicherungsfonds in Erwägung gezogen, mit der Absicht, die Ausfuhr zu heben und dadurch die Einhaltung der Zahlungen, zu denen Deutschland unter dem Dawes-Plan verpflichtet ist, zu ermöglichen. Das Wirtschaftsministerium hat Vertreter aller Zweige der Industrie und des Handels zu einer Konferenz für nächste Woche eingeladen, um diesen Plan zu besprechen. Der dem in Großbritannien eingeführten System für die Ausfuhrbelebung ähnlich ist. Die Befürworter dieses Planes hoffen, daß Deutschland dadurch zu jenen europäischen, mittel- und südamerikanischen, asiatischen und afrikanischen Märkten Zutritt erlangen werden könne, in denen es dem deutschen Handel nach dem Kriege schwer fällt, festen Fuß zu fassen. Für den Fonds sind vorläufig zehn Millionen Mark vorgesehen. Diese Summe gedenken die Befürworter des vom Wirtschaftsministerium gemeinschaftlich mit dem Arbeitsministerium ausgearbeiteten Planes dem in Händen des Arbeitsministeriums befindlichen, vorgenannten produktiven Arbeitslosigkeitsfonds zu entnehmen, mit der Begründung, daß die Steigerung der Ausfuhrindustrie auch auf den Arbeitsmarkt eine günstige Rückwirkung haben werde. Der vorgeschlagene Exportkredit-Versicherungsfonds würde das Exporteur von Maschinen, Spinnerei und anderen Waren, die die hauptsächlichsten Posten der deutschen Ausfuhr bilden, zur Verfügung stehen und diese instand setzen, Prospekten ausländischer Käufer zu diskontieren. Die Regierung hat nicht die Absicht, das ganze Risiko zu übernehmen und an den Exportkrediten würden Versicherungsgesellschaften, deren Zustimmung zu dem Plan und Mitwirkung bereits gesichert ist, mit 50 Prozent beteiligt sein. Der Fonds ist nicht als eine Subvention gedacht, doch wird erwartet, daß er bei befriedigenden Resultaten allmählich erhöht werden wird. Wenn man dem Exporteur aus dem Fonds eine Kreditfristung bewilligen wird, und er mit Hilfe der Mitschen Konsulate im Ausland die Zahlungsfähigkeit des ausländischen Käufers nachzuweisen haben.

General Wladimir Suchomlinow, Kriegsminister im kaiserlich russischen Kabinett von 1909 bis 1915, starb in einem Berliner Hospital im Alter von 78 Jahren. General Suchomlinow trat als Kriegsminister im Juni 1915 zurück und wurde im folgenden Mai auf die Anklage von fahrlässiger Nachlässigkeit und Hochverrat verhaftet. Er wurde für den Zusammenbruch der russischen Armee verantwortlich gehalten, weil es ihm nicht gelang, größere Vorräte an Munition anzuschaffen und er angeblich das Militärdepartement daran verhinderte, die Truppen mit Geschützen und Geschossen zu versehen. Es wurde ebenfalls angenommen, daß er geheime Verhandlungen mit deutschen Agenten geführt und Bestechungen bei Kontraktabschlüssen angenommen hätte. Er wurde angeklagt und schuldig befunden und im September 1917 auf Lebenszeit zu harter Arbeit verurteilt. Ein Jahr darauf gelang es ihm, zu entkommen.

Ein diplomatischer Postsack für deutsche Konsulate in Südrußland ist auf dem Transport in Rußland um wichtige Papiere beraubt worden. Diese wurden durch gefälschte Papiere mit gefälschtem Siegel ersetzt. Botschafter Brockdorff-Rantzau ist infolge der Entdeckung sofort nach Moskau zurückgekehrt und hat eine scharfe Beschwerde mitgenommen.

Oesterreich.

An der Wiener Oper hatte Lady Douglas, die geschiedene Schwiegertochter des Marquis von Queensberry, Prinz Burhan, Sohn des verstorbenen Sultans Abdul Hamid, kennen gelernt und ihn zu Wiesbaden geheiratet. Die Ehe wird jetzt in Wien, weil nicht standesamtlich eingetragen, als ungesetzlich gelöst werden. Das Paar hatte sich schon nach drei Monaten getrennt, als der Lady das Geld ausging und der Prinz verlangte, daß sie „ausgehe und mehr einbringe". Er hat sie jetzt abgefunden, aber zur unrechten Zeit, denn er ist verarmt. Da er seine Beziehungen im Gebiet des Mosul verloren hat.

Ungarn.

Fürst Ludwing Windischgratz ist in der Anklage, gerichtet gegen die Beteiligten an dem Komplott der Fälschung von 30 Milliarden Francs Noten als der Hauptangeklagte aufgeführt. John Angeschlte des französischen kartographischen Instituts sind als Mitschuldige genannt. Andere Angeklagte sind General Carlo Garra, früherer Direktor des kartographischen Instituts; M. Kurz, der jetzige Direktor; Dr. Radoffin, der suspendierte Polizeipräsident; M. Rabas, Privatsekretär des Fürsten Ludwig, und Rechtsanwalt Ladislaus Berce. Die Anklage beschuldigt den Fürsten Ludwig, die Fälschungsoperationen im Jahre 1922 begonnen und ungefähr die Hälfte seines Privatvermögens von 20 Milliarden Kronen zum Ankauf von Maschinen und anderem notwendigen Material für die Herstellung von Papiergeld in Deutschland, Oesterreich und anderen Ländern verwendet zu haben. Behauptet wird, daß Fürst Ludwig 28 000 bis 30 000 gefälschte 1000 Francs-Noten drucken ließ. Die Rolle, die jeder der Angeklagten in dem Fälschungskomplott gespielt haben soll, wird in der Anklageschrift genau beschrieben. Behauptet wird, daß Polizeipräsident Radoffin im voraus die Fälschungsarbeit gebilligt, dem ganzen Unternehmen seine moralische Beihilfe verlieh und häufig mit Fürst Ludwig und anderen Führern der Verschwörung in Beratung war. Radoffin ist ferner beschuldigt, falsche gefälschte rumänische Reisepässe, sowie ungarische Pässe beschafft und das Auswärtige Amt betreffs Verwendung der Pässe getäuscht zu haben. Einem dieser Pässe erhielt Oberst Jankovich, der als einer der ersten im Zusammenhang mit dem Fälschermünzer-Komplott verhaftet worden ist. Eine weitere Beschuldigung gegen den Polizeichef sagt, er habe einen der Angeklagten dem Direktor einer Sparbank vorgestellt, um eine Anleihe von 100 000 000 Kronen zur Einlösung von 160 der gefälschten 1000 Francs-Noten, die in einer anderen Bank hinterlegt waren, zu erlangen.

Rußland.

Sowjet-Rußland will seine Kronjuwelen für amerikanische Pflüge und Maschinen austauschen. Verhandlungen über den Verkauf der riesigen Sammlung an Edelsteinen an amerikanische und andere Juweliere sind im Gange. Infolge des unschätzbaren Wertes können aber private Käufer nur einen kleinen Teil der Schätze übernehmen. Die übrigen Schätze wünscht die Regierung gegen amerikanische Farmmaschinen, Lokomotiven und andere Erzeugnisse, welche Rußland braucht, umzutauschen. „Wir wünschen den Glanz unserer 25 000 Diamanten in den Glanz von amerikanischem Stahl umzuwandeln," sagte ein hoher Beamter. „Diese prächtigen Juwelen kauften Rußlands frühere Tyrannen mit dem Schweiß und den Mühen unserer Bauern. Wir wollen sie jetzt den Bauern in Form von Werkzeugen zur Bebauung des Bodens und von Maschinen für Fabriken zurückgeben. Rußland erlangte in den letzten acht Jahren keine Anleihen im Ausland. Es ist daher genötigt, für den Wiederaufbau seine eigenen Hilfsquellen nutzbar zu machen." Die Kronjuwelen sind nur eine der vielen Hilfsquellen, welche Rußland zu Geld machen kann. Zu andern Hilfsquellen gehören Bergwerks- und Oelkonzessionen und Museumsschätze, darunter verschiedene hundert Gemälde von Meistern wie Rembrandt, Rubens, van Dyck und Raphael. Die Kronjuwelen gehen von Peter dem Großen bis Nikolaus dem Zweiten. Die jetzige Sammlung enthält nicht alle Kronjuwelen, sie deckt nur die letzten 200 Jahre.

18 angebliche ostlandrichtige Spione, darunter ein früherer Konsul von Kowno, wurden vor dem Leningrader Provinzialgericht zum Prozeß gebracht, alle unter der Anklage, sich gegen den Sowjetstaat verschworen zu haben. Sie werden beschuldigt, geplant zu haben, russische Munitionsfabriken, Brücken, Theater und andere Gebäude in die Luft zu sprengen. Sechs frühere Offiziere des Zaren, ein Priester, vier Frauen und mehrere Kaufleute wurden unter denselben Anklagen mit den Eisenbahnern vor Gericht gebracht. Man glaubt, daß wenigstens 30 der Angeklagten Todesstrafen entgegengehen. Die Sowjet-Regierung nimmt an, daß mehrere der Angeklagten in einer Verbindung mit dem britischen Intelligenzdienst getanden haben.

Tschechoslowakei

Die Bürgermeister der deutschen Kurorte Karlsbad, Marienbad, Franzensbad, Johannisbad und Joachimsthal in Böhmen haben beim Völkerbund eine Beschwerde gegen die tschechoslowakische Regierung überreicht, die sich gegen die Beschlagnahme deutschen Besitzes in Marienbad und gegen die Tschechisierungsmaßnahmen im allgemeinen richtet.

Frankreich.

Marschall Petain und sein Stab sind nach Marokko abgereist, um Vorbereitungen für den Frühjahrs-Feldzug gegen Abd El Krim zu treffen. Er hält sich einen oder zwei Tage in Madrid auf, um mit den spanischen Militärleitern gemeinsame Unternehmungen zu besprechen.

Die bereits seit anderthalb Jahren zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Wirtschaftsverhandlungen werden in kurzer Zeit zu einem positiven Ergebnis führen. Das von den deutschen und französischen Delegierten unterzeichnete Protokoll über die Resultate der bisherigen Verhandlungen hat die Voraussetzungen für das Definitivum des zukünftigen Handelsvertrages geschaffen.

Der kommunistische Abgeordnete Andree Marty wurde, nachdem er der Aufreizung zum Mord schuldig befunden, zu 10 Monaten Gefängnis und einer Geldbuße von 3000 Francs verurteilt. Die Anklagegründete sich auf gewisse Artikel, die in dem Kommunistenblatt „L'Humanite" im vorigen Oktober erschienen waren.

Großbritannien

Unter Entfaltung des bei diesem Anlaß üblichen Gepränges wurde heute die zweite Session des gegenwärtigen Parlamentes mit einer vom König verlesenen Thronrede eröffnet.

In der Ansprache drückte der König seine Zuversicht aus, daß der Sicherheitspakt von Locarno den Weg zu einer Einschränkung der Rüstungen geebnet hat. Er sagte, daß die britische Regierung eine Lösung der Streitfrage mit der Türkei über das Mosulgebiet anstrebe.

Der König appellierte an alle Parteien, zusammenzuwirken, um die große Arbeitslosigkeit im Lande zu reduzieren. Er teilte mit, daß an die Regierungen von Belgien, Deutschland, Frankreich und Italien Einladungen ergangen seien, eine Konferenz in London zu beschicken, in der die Möglichkeit einer wirksamen internationalen Vereinbarung über die Regelung der Arbeitszeit in Erwägung gezogen werden soll.

In seiner Rede wies der König darauf hin, daß die Besserung in Handel und in den Industrien am Ende des Jahres 1924 in den ersten Monaten des Vorjahres durch die ausgedehnte Depression in der Stahlindustrie zum Stillstand gebracht wurde. Seit Herbst vorigen Jahres begannen Anzeichen einer Wiederbelebung der Industrie merkbar zu werden, aber der Stärkung des Vertrauens, von dem die Wiederherstellung normaler Verhältnisse abhänge, werde durch die Furcht vor Industriekämpfen Einhalt getan. Der König empfahl dem Parlament nach Erhalt des von der Untersuchungskommission der Kohlenindustrie vorbereiteten Berichtes solche Maßnahmen zu beschließen, die die seit so langer Zeit erhoffte Rückkehr normaler Zustände im Handel und die Prosperität möglich machen würden.

Holland

Der frühere deutsche Kronprinz Friedrich Wilhelm ist unerwartet in Doorn angekommen und hat, ohne die Aufmerksamkeit der Bewohner zu erregen, durch die Ortschaft nach dem von seinem Vater bewohnten Schloß. Er machte sich für die Reise die in Kraft getretene Aufhebung des Paßzwangs zwischen Deutschland und Holland zunutze.

Es war das erste Mal seit mehr als zwei Jahren, daß der frühere Kaiser wieder seinen ältesten Sohn sah und er schien kaum imstande zu sein, seine Rührung zu bemeistern, während Friedrich Wilhelm freudig bewegt war.

Prinzessin Hermine, die Gemahlin des früheren Kaisers, die in den letzten zwei Jahren Friedrich Wilhelm wiederholt in Oels besucht hat, soll die Versöhnung zwischen Vater und Sohn vermittelt haben, die man in militärischen und monarchistischen Kreisen Deutschlands wegen der Haltung des Prinzen für unmöglich hielt.

Man glaubt jedoch, daß der Hauptgrund für die Aussöhnung in der Angelegenheit über die Abfindung der Vermögensansprüche der Hohenzollern gegen Deutschland zu suchen ist. Gerüchtweise verlautet, daß Reichspräsident von Hindenburg eine günstige Entscheidung in dieser Angelegenheit in Aussicht gestellt hat und daß eine Versammlung der Mitglieder der früheren kaiserlichen Familie hier stattfinden wird, um diese Sache zu besprechen.

Vor einigen Tagen wurde gemeldet, daß die alliierten Mächte im Haag wegen der geplanten Reise Friedrich Wilhelms nach Doorn vorstellig wurden und die holländische Regierung ersuchten, die Einreise des früheren Kronprinzen nach Holland zu verbieten.

Vom Völkerbund

Der Beginn der Sitzungen der Vorbereitungskommission für die geplante Abrüstungskonferenz wird wahrscheinlich bis zum 15. Mai verschoben werden. Die Vorbesprechungen hatten am 15. Februar eröffnet werden sollen, aber Frankreich, Italien, Japan, die Tschecho-Slowakei und Uruguay verlangten in einem gemeinsamen Gesuch an das Generalsekretariat des Völkerbundes einen Aufschub.

Spanien hat durch seinen Delegaten im Völkerbundrat, Graf Quinones de Leon, erklären lassen, daß es dem Aufschubantrag zustimme. Man erwartet, daß auch die andern im Rigarat vertretenen Mächte, Großbritannien, Brasilien, Schweden und Belgien, sich mit dem neuen Datum der Eröffnungssitzung einverstanden erklären werden.

Es wird erklärt, daß für den Aufschub der Beratungen der Vorbereitungskommission der Wunsch ausschlaggebend war, die Beilegung des Zwistes zwischen der Schweiz und der Sowjetunion und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund abzuwarten. Auch will man Meinungsverschiedenheiten über einzelne Punkte des Abrüstungsprogramms durch diplomatische Unterhandlungen vor dem Zusammentritt der Vorbereitungskommission klären.